

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM FRÜHJAHR 1962

Der neue Plan unter schlechten Vorzeichen

Nicht wie sonst aus einem sehr detailliert wenn auch meist mit Prozentzahlen verschlüsselt gegebenen Bericht der Zentralverwaltung für Statistik, sondern aus vielen einzelnen Hinweisen in Ansprachen und Diskussionsbeiträgen läßt sich das Ergebnis der Wirtschaftsentwicklung 1961 in der SBZ wie in einem Puzzlespiel zusammensetzen. Dieses Bild ist die Antwort auf die Frage nach dem fehlenden Bericht der amtlichen Stellen. Damit ließ sich beim besten Willen nicht viel Propaganda machen. Alle Hinweise und Einzeldarstellungen lassen erkennen, daß selbst die reduzierten Planziele nicht erreicht wurden. Scharfe offizielle Kritik an der „Unzahl von Fällen der Vergeudung, der Schlamperei und der Nichtausnutzung unserer Möglichkeiten . . .“ (*Ulbricht*), an der Tatsache, daß an Stelle eines geplanten Zuwachses an Investitionen in den Jahren 1959 bis 1961 von 6,5 Md. DM nur ein Zuwachs von 3,7 Md. DM erzielt wurde, Kritik ferner an — man bedenke, was dieses Eingeständnis für eine Planwirtschaft bedeutet — „in den letzten Jahren aus einer Reihe von Gründen entstandenen volkswirtschaftlichen Disproportionen“ (*Mewis*) usw. ließen darüber hinaus schon vor seiner offiziellen Verkündung die Grundtendenz des Wirtschaftsplanes 1962 deutlich werden, die für den Normalverbraucher der SBZ darin gipfelt: mehr arbeiten bei gleichem Einkommen aber noch schlechterer Versorgung.

Aus der Fülle der „Offenbarungen“ sollen nur die wichtigsten genannt werden: Nicht genug moderne Maschinen aus der eigenen Produktion für die Zonenindustrie selbst, weil sie in den Ostblock exportiert werden müssen; Verluste von Jahren können jetzt nicht in wenigen Monaten ausgeglichen werden; in der Technologie und Organisation bestehen noch Mängel; vielfach zu alte oder gar keine Materialverbrauchsnormen; besonders schlechte Planerfüllung in den Zweigen der Baumaterialienindustrie, der elektrotechnischen, der feinmechanischen und optischen Industrie sowie im Fahrzeugbau. *Mewis* griff sogar die bisherige Technik der Berichterstattung an, die dazu geführt hätte, daß „die formale Orientierung auf die Bruttonproduktion“ ein falsches Ergebnis vorgegaukelt habe. Wende man diese Erkenntnis auf 1961 an, so ergäbe sich, daß

z. B. „von 262 ausgewählten Staatsplanpositionen nur 40,5 vH erfüllt“ worden seien. — Wir hatten das nie anders gesehen.

Eine Reihe von Aufgaben, die ursprünglich für 1962 vorgesehen gewesen seien, könnten so nur teilweise in Angriff genommen werden. In einer ganzen Reihe von Fragen würden „auf Grund der beschränkten ökonomischen Möglichkeiten 1962 ernsthafte Probleme“ bestehenbleiben. Die erheblichen Schwächen und Rückstände in der landwirtschaftlichen Erzeugung, die sogar zu zusätzlichen Einfuhren von Fleisch, Butter und Zucker im Jahre 1961 gezwungen hätten, müßten endlich überwunden werden.

Der Chef der Plankommission, *Mewis*, kündigte den Wirtschaftsplan 1962 mit folgenden Worten an: „Obwohl 1962 eine Reihe komplizierter Fragen zu lösen sind, ist der Volkswirtschaftsplan ein realer Plan.“ Die Zuwachsraten der industriellen Bruttonproduktion soll etwa auf der 1961 erreichten Höhe von 5,7 vH liegen. Welchen fragwürdigen Wert diese Bruttoziffern besitzen, hat *Mewis* selbst erläutert (s. o.). Die Zuwachsraten der einzelnen Industriezweige sind erheblich aufschlußreicher. Weit an der Spitze liegt die Elektrotechnik mit 14,6 vH, in erster Linie wegen der schlechten Planerfüllung im Vorjahr. Die in dieser Hinsicht ähnlich schwachen Industriezweige sind in diesem Jahre ebenfalls vor große Aufgaben gestellt worden mit Zuwachsraten von 8,5 bis 9,3 vH, wobei der Fahrzeugbau jedoch völlig aus dem Rahmen fällt mit einer geplanten Zuwachsraten von nur 2,4 vH, womit er also weit unter dem Gesamtdurchschnitt liegt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sie sind für ein Industriegebiet, in dem früher u. a. die Auto-Union, die Horchwerke, die Phänomenwerke und andere Kraftfahrzeugbetriebe zu Hause waren, sehr schmerzlich. Es handelt sich hierbei um die „Industriespezialisierung“ innerhalb des Ostblocks, die erheblich zu Lasten Mitteldeutschlands geht und ganze Fertigungsbereiche der Autoindustrie von der SBZ nach der Sowjetunion und der Tschechoslowakei verlagern wird. Davon werden vor allem die Autowerke in Zwickau und Eisenach betroffen.

Neben dem Fahrzeugbau sollen die folgenden Industriezweige in ihrem Wachstum unter der Durchschnittsraten bleiben: Bergbau, Metallurgie, Gießereien sowie die Konsumgüterindustrie in den Zweigen Textilien, Leder, Schuhe und Rauchwaren, Zellstoff, Papier, Polygraphie und natürlich die Lebensmittelindustrie mit der geringsten Rate von lediglich 0,5 vH. In den hier genannten Zweigen der Konsumgüterindustrie bestehe eine hohe Importfähigkeit, für die es 1962 nur begrenzte Möglichkeiten gäbe. Vor allem sei die Überalterung der „vorhandenen Grundfonds“ (der

Anlagegüter), „die auch 1962 noch nicht rekonstruiert und modernisiert werden“ könnten, ein starkes Hemmnis.

Besondere Anstrengungen gelten, wie in den Vorjahren, der Weiterentwicklung der Grundstoffindustrie. Etwa ein Drittel der gesamten Investitionskraft wird auf Kohle und Energie, Berg- und Hüttenwesen, Chemie und Geologie konzentriert. Da insgesamt 16,5 Md. D-Mark investiert werden sollen, wären das also rund 5,5 Md. DM. Für die übrige Industrie bleiben dann nur noch 1,8 Md., soviel wie für das Transport- und Nachrichtenwesen und etwas mehr als für die gesamte Landwirtschaft mit 1,7 Md. DM. Der Erweiterung des Wohnungsbestandes sollen 2,187 Md. dienen, wobei mit 90 000 fertiggestellten Wohnungen alle bisherigen Jahresergebnisse übertroffen werden müßten. Da die Baustoffproduktion bisher ungenügend war und die Leistungen der Bauwirtschaft keineswegs plangerecht ausfielen, muß der Plan für den Wohnungsbau wiederum mit einem großen Unsicherheitsfaktor rechnen. Für den Handel, für Kultur, Volksbildung, Gesundheitswesen und Sozialwesen einschließlich der Sozialversicherung sind Investitionen von insgesamt nur 0,6 Md. DM geplant. Ein Investitionsvolumen von 2,9 Md. D-Mark wird im Plan nicht erläutert. Das läßt in erster Linie auf militärische Investitionen schließen. Wieweit hier eine Identität mit dem vom Finanzminister *Rumpf* im Etat 1962 „für die Verteidigung der DDR“ eingesetzten Posten von 2,764 Md. DM besteht, läßt sich nicht beurteilen.

Zwang zu erhöhter Leistung

Bei einer sinkenden Zahl von Beschäftigten lassen sich die geplanten Leistungen natürlich nur bei stark erhöhter Arbeitsproduktivität erzielen. Neben der Anwendung der „Neuen Technik“ wird besonders an der Normenschaube gedreht werden. „Die Normenarbeit in den Betrieben, VEB und Industriezweigen ist hauptsächlich auf die Erreichung der Bestzeiten zu konzentrieren.“ Offener läßt sich die hemmungslose Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft kaum ausdrücken als in diesem amtlichen Dokument (Rede des Planungschefs Mewis zum Plan 1962). Unter das gleiche Vorzeichen gehören auch die Bemühungen zur Einführung einer dritten Schicht und zur verstärkten Mehrmaschinenbedienung. Hierfür wählte man wieder einmal den Weg über spontane Selbstverpflichtungen. Dadurch wurden Diskussionen in den Betrieben provoziert, die dann zu amtlichen Stellungnahmen führten.

Interessanterweise fragten die Arbeiter nicht nur danach, wo denn die Arbeitskräfte für eine solche dritte Schicht herkommen sollten, sondern sie bezweifelten auch, daß für diese Schicht genug Arbeit da sei. Außerdem wurde

darauf hingewiesen, daß Nacharbeit ungesund und für viele unzumutbar sei, womit wohl in erster Linie Frauen und Mädchen gemeint waren. Auf die Frage nach genügend Arbeit ist in den amtlichen Kommentaren mit dem Gerede von den westlichen Kriegsabsichten und der Notwendigkeit, in der wirtschaftlichen Entwicklung den Westen zu überholen, geantwortet worden. Die Fragen nach genügend Arbeitskräften konnten nicht nur ideologisch, sondern mußten möglichst sachlich beantwortet werden. Dabei verfiel man auf die Mehrmaschinenbedienung und zog auch eine Durchkämmung der im Verhältnis zur Zahl der produktiv in der Wirtschaft Beschäftigten zu hohen Zahl der Verwaltungskräfte und der staatlichen Angestellten in Erwägung. Auch Finanzminister *Rumpf* erwähnte in seiner Etatsrede 1962, daß Vorschläge ausgearbeitet würden, um eine Reduzierung des „zentralen Staatsapparates“ noch im Jahre 1962 zu erreichen.

Sicher würde die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um die geplante Rate eine bemerkenswerte Leistung bedeuten, soll sie doch in einzelnen Wirtschaftszweigen bei 8 vH liegen, aber noch immer ist der Abstand zur Bundesrepublik erheblich. Ulbricht sagte zu diesem Problem auf der Leipziger Messe: „Sprechen wir offen darüber: In Westdeutschland ist gegenwärtig die Arbeitsproduktivität um etwa 20 vH höher als bei uns. In der Stahlindustrie ist der Unterschied noch größer.“ Ob Ulbricht diesen Abstand wohl wirklich nur auf die materiellen Produktionsbedingungen und ihre Unterschiede zurückführt? Er sollte es eigentlich inzwischen begriffen haben, daß die Arbeitsproduktivität auch eine Frage des Leistungswillens und der Arbeitsmoral ist, die er durch die Zwangsmaßnahmen seines Regimes immer wieder niederknüppelt.

Angespannte Versorgung

Auch die Versorgungslage wirkt sich auf die Arbeitsleistungen aus. Noch immer ist die Kartoffelversorgung eine glatte Katastrophe. Die Auslieferung ausreichenden und guten Saatgutes ist ebenfalls erheblich gestört. Unbestellte Flächen sind zu einer traurigen Ertragslosigkeit der SBZ geworden. Jetzt soll die Landbevölkerung unter besonderen Druck gesetzt werden. Mewis schlug zu diesem Thema Töne an, die an den Begriff „Autarkie“ erinnern. „Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in den Bezirken und Kreisen wird bestimmt von der vollen und termingerechten Erfüllung der Pläne des staatlichen Aufkommens der Landwirtschaft des betreffenden Territoriums.“ Ob die Pläne real waren oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Konnte nicht genug im Kreis „X“ erzeugt

werden, so gibt es eben dort nicht genug Nahrungsmittel. Der überörtliche Austausch soll also so weit wie möglich unterbunden werden.

Auch der Volkswirtschaftsplan enthält Angaben zur vorgesehenen Entwicklung der Versorgung. Der „Warenfonds für die Bevölkerung“ soll eine Zuwachsrate von nur 3,3 vH erreichen, mit dem Schwerpunkt bei Industriewaren, denn den Nahrungs- und Genußmitteln ist nur ein Wachstum von 1 vH zugebilligt worden; z.B. Fleisch 0,0 vH, Butter 0,2 vH, Fettkäse 3,0 vH. Das Plangesetz gibt für einige ausgewählte industrielle Konsumgüter Steigerungssätze an, so daß man annehmen könnte, daß wenigstens auf einzelnen Gebieten die Versorgung erheblich besser werden könnte. Vor kurzem erließ jedoch der „Ministerrat“ der Zone eine Verordnung, die alle Hoffnungen Lügen strafte. Für 54 industrielle Bedarfsgüter wurde eine generelle Verkaufsperve verhängt, die zwar in erster Linie volkseigene Betriebe und staatliche Verwaltungen erfaßt, die sich aber erheblich auf die Versorgung der allgemeinen Bevölkerung auswirken wird, weil nach dieser Verordnung die gesperrten Waren nur dann verkauft werden dürfen, wenn die Exporthandelsorgane eine Genehmigung erteilen. Immerhin gehören zu den „gesperrten“ Waren u. a. Eßbestecke, Möbel, Fußboden- und Tischbeläge, Matratzen, Metallbetten, Kohleöfen, Fahrräder, Mopeds, Motorräder, Autos, Fernseh- und Rundfunkgeräte, Musiktruhen und Schreibmaschinen.

Von einer Verkürzung der Arbeitszeit ist im neuen Plangesetz nichts zu lesen, eher vom Gegenteil. In den zentral geleiteten Werken des Maschinenbaus sollen nach Rumpf im vorigen Jahre 3,7 Millionen Stunden mit Stillstands- und Wartezeiten vergeudet worden sein. In den anderen Industriezweigen war das Bild nicht besser. Würde man die vorgesehene Arbeitszeit besser ausnutzen, dann brauchte man sich keine Gedanken über eine dritte Schicht zu machen. Während in Westdeutschland und Westberlin das verlängerte Wochenende von Gründonnerstag bis zum zweiten Osterfeiertag als zusätzlicher Kurzurlaub ausgiebig genossen werden konnte, war den Werktätigen in Mitteldeutschland, die ja ohnehin keine Fünftagewoche kennen, durch gemeinsamen Beschluß der Plankommission und des Bundesvorstandes des Staatsgewerkschaftsbundes dieser Kurzurlaub unmöglich gemacht worden. In der „Vereinbarung“ hieß es: „Die am Oster-sonnabend 1962 zu leistende Arbeitszeit ist zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung voll zu nutzen.“ Unter bestimmten Ausnahmbedingungen war allerdings gestattet, diese Zeit am Palmsonntag und dem davor liegenden Sonnabend vorzuarbeiten. Wegen

der sehr schleppenden Frühjahrsbestellung wurden für die Landbevölkerung wieder Notstandseinsätze zur Pflicht gemacht. Trotz all dieser Zustände behauptet man noch immer, dies System sei dem des freien Westens überlegen.

Am 13. April hat das Präsidium des „Ministerrates“ beschlossen, den Erzeugerpreis für Kartoffeln zu erhöhen, um so einen besseren Anreiz für erweiterten Anbau und höhere Hektarerträge ausüben zu können. Die „sozialistische Moral“ allein hat das also nicht zuwege gebracht. Was will man aber erreichen, wenn gleichzeitig zugegeben werden muß, daß die Sicherung des Pflanzgutes noch eine offene Frage sei. Die Pflanzabstände wurden auf amtliche Anweisung vergrößert, damit insgesamt wenigstens mit einer etwa 90prozentigen Pflanzgutversorgung gerechnet werden kann, wie das z. B. im Kreis Weimar gehandhabt werden mußte. Einer der wichtigsten Anbaubaubezirke, Neubrandenburg, im Vorjahr übrigens der größte Kartoffelschuldner der Zone, wurde besonders eindringlich an seine Pflichten erinnert. Auch im Bezirk Magdeburg fehlte es Mitte April noch an Kartoffelpflanzgut. Die Landwirtschaftsfunktionäre weigerten sich, Kartoffeln schneiden zu lassen, um so das Pflanzgut strecken zu können, und erhielten dafür scharfe Rügen.

Hier bahnt sich schon die nächste Versorgungskrise an, ausgerechnet bei dem Erzeugnis, das an sich Überschußprodukt ist und exportiert wird. Wenn man schon nicht von dem polnischen Beispiel lernen will, so sollte doch ein Blick auf die ungarische Situation zum Nachdenken zwingen. Dort stammten 1961 63 vH aller Agrarerzeugnisse von dem privaten Landanteil der Kollektivbetriebe, also von 10,5 vH der ungarischen Ackerfläche. Von den übrigen 89,5 vH kamen nur 37 vH der Agrarerzeugnisse. Und woran sollte es wohl liegen, daß je Milchkuh in der Zone 1961 2590 kg, in der Bundesrepublik dagegen 3428 kg erzielt worden sind? Warum wohl war in dem für die mitteldeutsche Hackfruchternte sehr guten Jahr 1960 der Hektarertrag bei Zuckerrüben mit 288 dz erheblich niedriger als in Westdeutschland mit 420 dz? Bei Kartoffeln war der Abstand im Jahre 1961 ebenfalls sehr hoch: in der SBZ 123,7 dz je ha, in der BRD 219,3 dz je ha.

Ost-Integration

Anläßlich der Leipziger Messe unterzeichneten die Zone und Sowjetrußland Vereinbarungen über gegenseitige Warenlieferungen im Werte von 9,3 Md. Valutamark und über einen Warenkredit der Sowjetunion an die SBZ im Wert von 1,3 Md. Valutamark. Dieser Warenkredit ist der Ausdruck sowjeti-

scher Wirtschaftshilfe an die Zone, weil wieder einmal neues Öl in den Motor geschüttet werden mußte. Die offizielle Zweckbestimmung lautete: „Beschleunigte Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft, der raschen Veränderung des Produktionsprofils der DDR mit dem Ziel einer höheren Produktivität und Rentabilität ihrer Wirtschaft sowie der beschleunigten Durchführung volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben der DDR.“ So gesehen, kommt der Kredit in erster Linie der Sowjetunion zugute, denn ihre Wirtschaft nimmt den Nutzen der dadurch zusätzlich ermöglichten Produktion im großem Umfange in Anspruch. Dieser Charakter der Wirtschaftsverbinding zwischen den jeweils größten Außenhandelspartnern des Ostblocks kommt auch in den Erläuterungen zu dem neuen Warenabkommen zum Ausdruck. Die Sowjetunion soll 1962 vor allem metallurgische Erzeugnisse, Steinkohle, Koks, Erdöl, Eisenerz, chemische Erzeugnisse, Getreide, Wolle, Baumwolle, Maschinen und Ausrüstung nach Mitteldeutschland liefern und erhält dafür Maschinen und Ausrüstungen (Werkzeugmaschinen, chemische Ausrüstungen, Ausrüstungen für die Nahrungsmittelindustrie, die Leichtindustrie und poigraphische Ausrüstungen), Schiffe, Waggon, Erzeugnisse der chemischen Industrie und auch der Leicht- und Konsumgüterindustrie.

Immer enger wird die Handelsverflechtung mit der Sowjetunion, und der innerdeutsche Warenverkehr soll mehr und mehr in die Rolle eines Lückenbüßers gedrängt werden. Dieses politische Konzept wird vielfach an der harten Realität scheitern; denn noch ist die Abhängigkeit der mitteldeutschen Industrie von der westdeutschen Zulieferung sehr erheblich. In der chemischen Industrie kommen die Ausgangsprodukte für mehr als 1500 Erzeugnisse aus Westdeutschland, das auch mit der Lieferung von hochproduktiven Maschinen für den mitteldeutschen Werkzeugmaschinenbau, von synthetischen und chemischen Rohstoffen, Kugellagern, nahtlosen Rohren und anderen Stahlerzeugnissen, von Steinkohle und Koks bisher gar nicht entbehrlich ist und auch nicht entbehrlich gemacht werden kann.

Deshalb ist das Ausbleiben der westdeutschen Stahlfirmen auf der Leipziger Messe dort sowohl politisch als auch wirtschaftlich sehr betroffen registriert worden. Aus allen westlichen Ländern, einschließlich der Bundesrepublik und Westberlin, waren weniger als die Hälfte der Zahl der Vorjahrsbesucher nach Leipzig gekommen. Ihre Zahl lag mit 21 920 erstmalig unter der der Besucher aus den Ostblockländern mit 28 400. Die Gesamtumsätze dieser Messe blieben mit 4,3 Md. D-Mark-Ost unter denen des Vorjahres von 4,7 Md. DM-Ost.

Zwang zur Verbesserung der Planung

Neue Wege sollen jetzt endlich auch in der Planung beschriften werden, weil man gemerkt hat, daß es gerade hier ohne exakte wissenschaftliche Fundierung immer wieder zu verheerenden Pannen kommen mußte. Die Ökonometrie war eben bisher, als im Westen entwickelte Disziplin, für fortschrittliche Planer im Ostblock undiskutabel. Jetzt wird im Zeichen der Entstalinisierung auch gegen diese Art des Dogmatismus vorgegangen. „Wir stehen vor der Notwendigkeit, die Perspektive der Wirtschaftswissenschaft in Forschung und Lehre gründlich zu überprüfen“, äußerte sich kürzlich der Direktor des Instituts für Statistik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ostberliner Universität. Die immer komplizierter werdenden ökonomischen Aufgaben können in Zukunft nicht ohne mathematische Methoden, moderne Rechen-technik, Mechanisierung und Automatisierung gelöst werden.“ Die Wirtschaftswissenschaftler der Zone seien hinter den Anforderungen der „sozialistischen Praxis“ zurückgeblieben. Im Vergleich zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und Polen (und gerade der polnische Prof. Lange ist 1958 mit seiner „Einführung in die Ökonometrie“ von den Kritikern der SBZ besonders scharf kritisiert worden), von der Sowjetunion gar nicht zu reden, sei man in der SBZ in Forschung und Lehre auf diesen Gebieten um einige Jahre zurück.

Im Bauwesen sei man dagegen in der modernen Entwicklung weiter vorn. Von den für 1962 geplanten 90 000 neuen Wohnungen sollen im ersten Quartal fast 9000 der Bevölkerung übergeben werden. Die Wohnungsbauer seien zur fast vollständigen Typenprojektierung und Serienproduktion übergegangen und stünden im Anteil der industriellen Fließfertigung in der Spitzengruppe im Weltmaßstab. In der SBZ fallen der private Wohnungsbau und der Bau von Eigenheimen so gut wie völlig aus. In einer reinen Zuteilungswirtschaft kann auch der Wohnungskonsum weitgehend uniformiert werden, zumal der Verbraucher froh ist, wenn er überhaupt etwas bekommt. Von der Leimbauweise, die ja jahrelang in der SBZ eifrig gepflegt worden ist, darf in diesem Zusammenhang nicht mehr gesprochen werden. Sie hat mit Fließfertigung nur in sehr unerwünschtem Sinne etwas zu tun. Beim Industriebau sieht das Bild ganz anders aus. Dort waren 1961 nur 5,6 vH aller Industriebauten nach Typenprojekten errichtet worden. Der Rest sei „Maßschneiderei“ und „Baukastenspielerei“.

Daß ausgerechnet in einem System der Planwirtschaft der Industriebau so wenig Typenproduktion kennt, muß überraschen. Hier und an sehr vielen Punkten, von denen

in dieser Chronik immer nur wenige herausgegriffen werden können, liegt also ein weites Arbeitsfeld vor, um der Behauptung von der Überlegenheit gegenüber dem westlichen System konkrete Nahrung geben zu können. In diesem Zusammenhang soll abschließend hervorgehoben werden, daß Anfang April dieses Jahres ein Komitee zum Studium und der Veränderung der Verhältnisse Westdeutschlands in Ostberlin gegründet wurde. Wissenschaftlich exakte Vorarbeiten für eine Beseitigung der „schreienden Ungerechtigkeiten“ in Westdeutschland sollen in diesem Komitee geleistet werden.

Wir lassen unsere Verhältnisse gern von diesem Komitee studieren; denn es könnte dabei einiges lernen, was zur Beseitigung eigener Fehlentwicklungen beitragen dürfte. Unsere Verhältnisse zu ändern, sollte man aber getrost uns selbst überlassen. Wer so dilettantisch das Instrumentarium der modernen Wirtschaftsführung bedient wie Pankow, wer nicht imstande ist, die primitivsten Lebensansprüche der Bevölkerung ausreichend zu sichern, wer ihr in verbrecherischer Weise die Menschenrechte entzieht, der soll nur bei sich selbst, aber nirgendwo sonst die Verhältnisse ändern.

Dr. Walter Meier